



Rat der  
Europäischen Union

Brüssel, den 25. April 2022  
(OR. en)

8412/22

---

---

**Interinstitutionelles Dossier:  
2022/0116(NLE)**

---

---

**ACP 42  
WTO 69  
COAFR 92  
RELEX 518**

## **VORSCHLAG**

---

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	22. April 2022
Empfänger:	Herr Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union
Nr. Komm.dok.:	COM(2022) 176 final
Betr.:	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über den im Namen der Europäischen Union in dem durch das Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Ghana einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits eingesetzten WPA-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt betreffend die Annahme der Geschäftsordnung für die Streitbeilegung

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2022) 176 final.

---

Anl.: COM(2022) 176 final



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 22.4.2022  
COM(2022) 176 final

2022/0116 (NLE)

Vorschlag für einen

**BESCHLUSS DES RATES**

**über den im Namen der Europäischen Union in dem durch das Interims-  
Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Ghana einerseits und der Europäischen  
Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits eingesetzten WPA-Ausschuss zu  
vertretenden Standpunkt betreffend die Annahme der Geschäftsordnung für die  
Streitbeilegung**

## **BEGRÜNDUNG**

### **1. GEGENSTAND DES VORSCHLAGS**

Dieser Vorschlag betrifft den Beschluss zur Festlegung des Standpunkts, der im Namen der Union in dem durch das Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Ghana einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits eingesetzten WPA-Ausschuss hinsichtlich der Annahme der Geschäftsordnung für die Streitbeilegung und des Verhaltenskodex zu vertreten ist.

### **2. KONTEXT DES VORSCHLAGS**

#### **2.1. Das Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Ghana einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits**

Das Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Ghana einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits (im Folgenden „Abkommen“) soll

- (a) Ghana die Nutzung des von der Union im Rahmen der WPA-Verhandlungen gewährten verbesserten Marktzugangs ermöglichen und gleichzeitig vermeiden, dass der Handel zwischen Ghana und der Union im Zeitraum vom Außerkrafttreten der im Cotonou-Abkommen für den Übergang vorgesehenen Handelsregelung am 31. Dezember 2007 bis zum Abschluss eines umfassenden WPA unterbrochen wird;
- (b) die Grundlagen für die Aushandlung eines WPA schaffen, das zur Verringerung der Armut beiträgt, die regionale Integration, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine verantwortungsvolle Staatsführung in Westafrika fördert und die Leistungsfähigkeit Westafrikas in der Handelspolitik und in handelsbezogenen Fragen erhöht;
- (c) die harmonische, schrittweise Integration Ghanas in die Weltwirtschaft im Einklang mit seinen politischen Entscheidungen und Entwicklungsprioritäten fördern;
- (d) die bestehenden Beziehungen zwischen den Vertragsparteien auf einer solidarischen Grundlage und im beiderseitigen Interesse stärken;
- (e) ein mit Artikel XXIV des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 kompatibles Abkommen schaffen.

Das Abkommen wird zwischen Ghana einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits seit dem 15. Dezember 2016 vorläufig angewandt.

#### **2.2. DER WPA-Ausschuss**

Der nach Artikel 73 des Abkommens eingesetzte WPA-Ausschuss ist gemäß dem genannten Artikel für die Verwaltung aller unter das Abkommen fallenden Bereiche und die Durchführung aller in dem Abkommen genannten Aufgaben zuständig. Das Abkommen sieht auch vor, dass der Ausschuss die Regeln für seine Organisation und Arbeitsweise festlegt. Der Ausschuss hat sich dementsprechend eine Geschäftsordnung gegeben.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Beschluss Nr. 1/2021 des gemäß dem Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Ghana einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits eingesetzten WPA-Ausschusses vom 29. Juli 2021 über die Annahme seiner Geschäftsordnung (ABl. L 459 vom 22.12.2021, S. 3).

Unter Titel V (Streitvermeidung und -beilegung) ist in Artikel 59 (Geschäftsordnung) festgelegt, dass die Streitbeilegungsverfahren gemäß Kapitel 3 dieses Titels der Geschäftsordnung unterliegen, die sich der WPA-Ausschuss innerhalb von drei Monaten nach seiner Einsetzung gibt. Nach Artikel 64 Absatz 2 ist der Geschäftsordnung ein Verhaltenskodex als Anhang beizufügen. Der Verhaltenskodex für Schiedsrichter sollte auch für Vermittler gelten.

### **2.3. Vorgesehener Akt des WPA-Ausschusses**

Der WPA-Ausschuss soll im zweiten Halbjahr 2022 einen Beschluss über seine Geschäftsordnung für die Streitbeilegung annehmen (im Folgenden „vorgesehener Akt“). Zweck des vorgesehenen Aktes ist die Festlegung der Geschäftsordnung für die Streitbeilegung und des entsprechenden Verhaltenskodex.

## **3. IM NAMEN DER UNION ZU VERTRETENDER STANDPUNKT**

Mit diesem Vorschlag für einen Beschluss des Rates wird der Standpunkt festgelegt, der im Namen der Union in dem durch das Abkommen eingesetzten WPA-Ausschuss bezüglich der Geschäftsordnung für die Streitbeilegung und des entsprechenden Verhaltenskodex zu vertreten ist. Der Verhaltenskodex für Schiedsrichter sollte auch für Vermittler gelten.

Die Vertragsparteien des Abkommens haben die vorgesehene Geschäftsordnung und den Verhaltenskodex erörtert und sind übereingekommen, dass der WPA-Ausschuss sie vorbehaltlich der Beschlussfassungsverfahren der Union im zweiten Halbjahr 2022 annehmen sollte.

Inhaltlich sind die vorgesehene Geschäftsordnung und der entsprechende Verhaltenskodex mit denen anderer Handelsabkommen der Union vergleichbar.

Die Geschäftsordnung ist von wesentlicher Bedeutung, um den institutionellen Rahmen des Abkommens zu vollenden und so eine reibungslose Durchführung des Abkommens zu gewährleisten.

## **4. RECHTSGRUNDLAGE**

### **4.1. Verfahrensrechtliche Grundlage**

#### *4.1.1. Grundsätze*

Nach Artikel 218 Absatz 9 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) werden die „Standpunkte, die im Namen der Union in einem durch eine Übereinkunft eingesetzten Gremium zu vertreten sind, sofern dieses Gremium rechtswirksame Akte, mit Ausnahme von Rechtsakten zur Ergänzung oder Änderung des institutionellen Rahmens der betreffenden Übereinkunft, zu erlassen hat“, mit Beschlüssen festgelegt.

Der Begriff „rechtswirksame Akte“ erfasst auch Akte, die kraft völkerrechtlicher Regelungen, denen das betreffende Gremium unterliegt, Rechtswirkung entfalten. Daneben fallen Instrumente darunter, die völkerrechtlich nicht bindend, aber geeignet sind, „den Inhalt der vom Unionsgesetzgeber ... erlassenen Regelung maßgeblich zu beeinflussen“.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Urteil des Gerichtshofs vom 7. Oktober 2014, Deutschland/Rat, C-399/12, ECLI:EU:C:2014:2258, Rn. 61 bis 64.

#### 4.1.2. *Anwendung auf den vorliegenden Fall*

Der WPA-Ausschuss ist ein durch eine Übereinkunft – nämlich das Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Ghana – eingesetztes Gremium.

Der dem WPA-Ausschuss zur Annahme vorgelegte Akt stellt einen rechtswirksamen Akt dar, da in ihm rechtlich bindende Regeln über die Streitbeilegung zwischen den Parteien festgelegt werden.

Mit dem vorgesehenen Akt wird der institutionelle Rahmen des Abkommens weder ergänzt noch geändert.

Somit ist Artikel 218 Absatz 9 AEUV die verfahrensrechtliche Grundlage für den vorgeschlagenen Beschluss.

### **4.2. Materielle Rechtsgrundlage**

#### 4.2.1. *Grundsätze*

Die materielle Rechtsgrundlage für einen Beschluss nach Artikel 218 Absatz 9 AEUV hängt in erster Linie vom Ziel und Inhalt des vorgesehenen Akts ab, zu dem ein im Namen der Union zu vertretender Standpunkt festgelegt wird. Liegt dem vorgesehenen Akt ein doppelter Zweck oder Gegenstand zugrunde und ist einer davon der wesentliche, während der andere von untergeordneter Bedeutung ist, so muss der Beschluss nach Artikel 218 Absatz 9 AEUV auf eine einzige materielle Rechtsgrundlage gestützt werden, nämlich auf diejenige, die der wesentliche oder vorrangige Zweck oder Gegenstand verlangt.

#### 4.2.2. *Anwendung auf den vorliegenden Fall*

Nach Artikel 46 des Abkommens gilt der Mechanismus zur Streitvermeidung und -beilegung nach Titel V des Abkommens nicht für Titel II des Abkommens („Entwicklungspartnerschaft“). Daraus folgt, dass der Mechanismus zur Streitvermeidung und -beilegung nach Titel V für Streitigkeiten über Handelsfragen gilt, die aus Sicht der Union unter die gemeinsame Handelspolitik fallen. Die Geschäftsordnung und der entsprechende Verhaltenskodex, die vom WPA-Ausschuss gemäß Titel V Artikel 59 und Artikel 64 Absatz 2 des Abkommens angenommen werden sollen, gelten folglich für Streitigkeiten in Handelsfragen.

Angesichts dessen ist klar, dass der Inhalt des vorgesehenen Akts sich auf die gemeinsame Handelspolitik bezieht.

Somit ist Artikel 207 Absatz 4 Unterabsatz 1 AEUV die materielle Rechtsgrundlage für den vorgeschlagenen Beschluss.

### **4.3. Schlussfolgerung**

Die Rechtsgrundlage für den vorgeschlagenen Beschluss sollte Artikel 207 Absatz 4 Unterabsatz 1 AEUV in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9 AEUV sein.

## **5. VERÖFFENTLICHUNG DES VORGESEHENEN AKTS**

Da durch den Akt des WPA-Ausschusses die Geschäftsordnung für die Streitbeilegung im Rahmen des Abkommens festgelegt wird, sollte sie nach ihrer Annahme im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht werden.

Vorschlag für einen

## **BESCHLUSS DES RATES**

### **über den im Namen der Europäischen Union in dem durch das Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Ghana einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits eingesetzten WPA-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt betreffend die Annahme der Geschäftsordnung für die Streitbeilegung**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 207 Absatz 4 Unterabsatz 1 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten unterzeichneten das Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (im Folgenden „WPA“) zwischen Ghana einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits (im Folgenden das „Abkommen“) am 28. Juli 2016.<sup>3</sup> Das Abkommen wird zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Ghana andererseits seit dem 15. Dezember 2016 vorläufig angewandt.<sup>4</sup>
- (2) Nach Artikel 73 Absatz 3 des Abkommens ist der WPA-Ausschuss für die Verwaltung aller unter dieses Abkommen fallenden Bereiche und die Durchführung aller in diesem Abkommen genannten Aufgaben zuständig.
- (3) Nach Artikel 59 unterliegen die Streitbeilegungsverfahren der Geschäftsordnung, die sich der WPA-Ausschuss innerhalb von drei Monaten nach seiner Einsetzung gibt.
- (4) Nach Artikel 64 Absatz 2 ist der Geschäftsordnung ein Verhaltenskodex als Anhang beizufügen. Der Verhaltenskodex dient der Festlegung von Leitprinzipien, Rechten und Pflichten, die die Schiedsrichter einhalten müssen. Der Verhaltenskodex für Schiedsrichter sollte sinngemäß auch für Vermittler gelten.
- (5) Der WPA-Ausschuss soll den Beschluss über die Verfahrensordnung für die Streitbeilegung im zweiten Halbjahr 2022 annehmen.
- (6) Es ist angezeigt, den im Namen der Union im WPA-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt festzulegen, da mit dem vorgesehenen Beschluss des WPA-Ausschusses rechtlich bindende Regeln für die Streitbeilegung festgelegt werden —

---

<sup>3</sup> Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Ghana einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits (ABl. L 287 vom 21.10.2016, S. 3).

<sup>4</sup> Beschluss (EU) 2016/1850 des Rates vom 21. November 2016 über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen Ghana einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits.

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

*Artikel 1*

Der im Namen der Union zu vertretende Standpunkt stützt sich auf den Anhang dieses Beschlusses.

*Artikel 2*

Dieser Beschluss ist an die Kommission gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am [...]

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident /// Die Präsidentin*